

## PRESSEMITTEILUNG

### „FINANCIAL STABILITY REVIEW“ DEZEMBER 2010

Die allgemeine Wirtschafts- und Finanzlage ist nach wie vor mit Risiken für die Finanzstabilität behaftet. Anlass zur Besorgnis geben vor allem die Wechselwirkungen zwischen der Staatsschuldenproblematik und Anfälligkeiten in Teilen des Bankensektors des Euro-Währungsgebiets. Eine weitere maßgebliche Risikoquelle ergibt sich aus der Entstehung neuer globaler Ungleichgewichte sowie einer eventuellen ungeordneten Korrektur dieser Ungleichgewichte. Diese zwei Schwachstellen führen möglicherweise zu negativen Entwicklungen, die sich als systemisch relevant herausstellen könnten. Die vorliegende Ausgabe des Financial Stability Review liefert eine Einschätzung dieser Risiken sowie Hinweise auf geeignete Maßnahmen zu ihrer Vermeidung bzw. zur Minimierung der entsprechenden Auswirkungen.

Dabei ist allerdings zu betonen, dass es in nächster Zeit zu einer weiteren Stärkung der Widerstandsfähigkeit und der Ertragslage des Finanzsektors im Eurogebiet kommen dürfte, wenn sich das makroökonomische Basisszenario für den Euroraum, von dem gegenwärtig allgemein ausgegangen wird und das ein moderates Wachstum vorhersagt, bewahrheitet. Diese Einschätzung wird durch eine Reihe wichtiger Faktoren gestützt: Erstens die entschlossenen Maßnahmen der Mitgliedstaaten und Zentralbanken auf EU-Ebene zur Stärkung der Finanzstabilität – einschließlich der Errichtung zusätzlicher finanzieller Sicherungsmechanismen durch die Regierungen –, zweitens die Anstrengungen der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Haushaltskonsolidierung und drittens eine erhöhte Transparenz im Hinblick auf die Vermögenswerte der Finanzinstitute.

Hauptrisiken für die Finanzstabilität im Euro-Währungsgebiet	
<p>Außerhalb des Finanzsystem zählen zu den Risiken für die Finanzstabilität im Euro-Währungsgebiet vor allem:</p>	<p>Bedenken hinsichtlich der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, wobei die Möglichkeit einer weiteren negativen Rückkopplung zwischen öffentlichen Finanzen, gesamtwirtschaftlichem Wachstum und Entwicklungen im Finanzsektor besteht</p> <p>Ein Wiederaufleben globaler Ungleichgewichte und das Risiko einer ungeordneten Korrektur dieser</p>

	<p>Ungleichgewichte</p> <p>Die Offenlegung von Schwachstellen in einigen Bereichen der Bilanzen nichtfinanzieller Unternehmen des Euro-Währungsgebiets aufgrund hoher Fremdkapitalanteile, einer schlechten Ertragsentwicklung und schwieriger Finanzierungsbedingungen</p> <p>Unerwartet hohe Kreditausfälle im Sektor der privaten Haushalte des Euro-Währungsgebiets, wenn die Arbeitslosigkeit über einen längeren Zeitraum hoch bleibt oder stärker ansteigt als erwartet</p>
<p>Innerhalb des Finanzsystems des Euro-Währungsgebiets zählen zu den wesentlichen Risiken:</p>	<p>Erneute Belastungen des Finanzsystems aufgrund verstärkter Finanzierungsschwierigkeiten und gedämpfter Ertragsaussichten</p> <p>Anfälligkeiten einiger Finanzinstitute aufgrund der Offenlegung ihrer Kreditkonzentrationen auf den Märkten für Gewerbeimmobilien</p> <p>Eine erhöhte Volatilität an den Finanzmärkten, falls die gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse den Erwartungen der Marktteilnehmer nicht gerecht werden.</p>

Insgesamt ist festzustellen, dass die umfangreichen Maßnahmen, die im Frühjahr und Sommer 2010 von den Regierungen der Euro-Länder zur Stärkung des Vertrauens in den Finanzsektor ergriffen wurden, wesentlich zur Eindämmung der Systemrisiken im Eurogebiet beigetragen haben. Gleichwohl besteht angesichts der Möglichkeit anhaltender negativer Rückkopplungen zwischen den in vielen Teilen des Euroraums schwachen öffentlichen Finanzen und den Anfälligkeiten des Finanzsektors kein Anlass zur Sorglosigkeit. Um die Solidität des Finanzsektors auch künftig sicherzustellen, ist ein klares Bekenntnis der Regierungen zum Abbau der Ungleichgewichte im öffentlichen Sektor und zur Umsetzung von Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit und das Vertrauen in die Wirtschaft des Eurogebiets stärken, vonnöten. Darüber hinaus sollten die Banken die verfügbaren Möglichkeiten zur Aufstockung ihrer Kapitalpolster – einschließlich der Übergangsfrist für die Einführung der Basel-III-Regeln – nutzen, um ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber möglichen zukünftigen Schocks weiter zu stärken.

Vor dem Hintergrund der divergierenden Entwicklungen an den Finanzmärkten im Euroraum stellt die Terminierung und Geschwindigkeit der Rückführung der verbleibenden staatlichen Stützungsmaßnahmen eine besondere Herausforderung dar. In den Bereichen des Finanzsystems, in denen sich Ungleichgewichte aufgebaut haben, ist diesen rasch und entschlossen entgegenzutreten. Da in manchen Euro-Ländern nach wie vor einige Finanzinstitute von staatlicher Hilfe abhängig sind, ist es insbesondere erforderlich, dass die

betreffenden Behörden durch Umstrukturierungen, Maßnahmen zum Risikoabbau und gegebenenfalls Bilanzkürzungen aktiv werden. In den Teilen des Euroraums, in denen die langfristigen Zinssätze – teilweise bedingt durch Safe-Haven-Zuflüsse – auf sehr niedrige Werte gesunken sind, könnten indessen Risiken im Zusammenhang mit einer erneuten Suche nach Rendite aufkommen. Hier müssen die zuständigen Behörden besonders wachsam bleiben, um zu verhindern, dass neue Ungleichgewichte entstehen und das delikate Gleichgewicht zusätzlich belasten, dem sich die politischen Entscheidungsträger in der kommenden Zeit werden stellen müssen. Dabei ist nicht zu unterschätzen, wie wichtig die Wahl des richtigen Zeitpunkts für die Rückführung der staatlichen Maßnahmen zur Stützung des Finanzsektors ist. Bei der Rücknahme sind Vorsicht und Sorgfalt gefordert, damit die Finanzstabilität keinen Rückschlag erfährt, der letztlich die wirtschaftliche Erholung gefährden könnte.

**Europäische Zentralbank**

Direktion Kommunikation, Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-8304, Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: [www.ecb.europa.eu](http://www.ecb.europa.eu)

**Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.**